



## **Mitteilung**

### **gemäß § 2 Subventionsgesetz über die subventionserheblichen Tatsachen - Zuwendung an Betriebe und Unternehmen**

Als subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch werden folgende Tatsachen bezeichnet:

1. Tatsachen, die für die **Bewilligung und Gewährung** einer Zuwendung erheblich sind:

Hierunter fallen die Tatsachen:

1.1 zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers:

- Name des Antragstellers
- ausführende Stelle
- Rechtsform des Antragstellers
- Gesellschaftliche und vertragliche Beziehungen
- Zusammenarbeit mit anderen, projektteilnehmenden Stellen bzw. Projektpartnern,

1.2 in den Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Anhängen zum Jahresabschluss, Lageberichten sowie Geschäftsberichten, soweit sie besonders angefordert werden,

1.3 die Investitionen oder die Übersicht über die Finanzen des Vorhabens betreffen,

1.4 in der Vorhabenbeschreibung zu

- Gesamtziel des Vorhabens
- wissenschaftliche und technische Arbeitsziele des Vorhabens
- bisherige Arbeiten des Antragstellers
- Verwertungsplan.

2. Tatsachen, die für die **Weitergewährung, die Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung** der Zuwendung von Bedeutung sind:

2.1 Alle Tatsachen, die der LHP bei der Durchführung der Maßnahme nach den Bestimmungen des vorläufigen Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind,

2.2 ferner sind Tatsachen im Zwischennachweis und im Verwendungsnachweis subventionserheblich, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.

3. **Scheingeschäfte und Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten**

Subventionserhebliche Tatsachen sind auch solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 des Subventionsgesetzes).